

Eignungsformblatt

Erklärung der Eignung

Auftraggeber:

schwaben netz gmbh

Bieter:

BIETER (*bitte ausfüllen*)

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	2
1. EINFÜHRUNG	3
2. BEFÄHIGUNG ZUR BERUFS AUSÜBUNG	3
3. WIRTSCHAFTLICHE UND FINANZIELLE LEISTUNGSFÄHIGKEIT	5
3.1. Erklärung über den Umsatz	5
3.2. Erklärung zur Berufshaftpflicht-/ Haftpflichtversicherung	6
4. ANFORDERUNGEN AN DIE VERTRAULICHKEIT IM VERFAHREN	6
5. ANFORDERUNGEN AN IT-SICHERHEIT UND DSGVO	8
6. REFERENZEN	9
7. BIETERSCHLUSSE RKLÄRUNG	10

1. EINFÜHRUNG

Name des Bieters:	
Adresse:	
Einreichungstermin:	
Datum: XX.XX.2026	Uhrzeit: 12.00 Uhr

Zum Nachweis der Eignung des weiter oben genannten Bieters sind die in diesem Dokument geforderten Angaben zu machen. Das Formblatt bezieht sich auf die Beschaffung eines mobilen GIS-Systems einschließlich der Bereitstellung erforderlicher Softwarekomponenten, Dokumentation, Support-, Schulungs-, Installations- und Einrichtungsleistungen. Eine Eignung wird festgestellt, wenn die in den folgenden Kapiteln genannten Bedingungen erfüllt sind.

2. BEFÄHIGUNG ZUR BERUFS AUSÜBUNG

- a) Der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) erklärt, dass keine Person, deren Verhalten seinem Unternehmen zuzurechnen ist, nach den folgenden Tatbeständen rechtskräftig verurteilt oder gegen sein Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach
- § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen,
 - § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

- den §§ 232 und 233 des StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).
 - Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Vorgenannten stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- b) Der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) erklärt zudem, dass
- sein Unternehmen bei der Ausführung von Aufträgen nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - sein Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen seines Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich sein Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, falls ein rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan vorliegt, fügt der Bieter diesen dem Angebot bei,
 - sein Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
 - sein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - sein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien zu keinem Zeitpunkt eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 - sein Unternehmen zu keinem Zeitpunkt versucht hat, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
 - sein Unternehmen keinen Verstoß gegen die Regelungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes, des Aufenthaltsgesetzes, des Mindestlohngesetzes und des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes begangen hat.
- c) Der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) erklärt zudem, dass
- er die Voraussetzungen für die Ausführung der Leistung selbst erfüllt ODER durch Dritte, wobei er dies auf einem **Beiblatt** erläutert, falls er diese Voraussetzungen nicht selbst erfüllt,
 - er Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers und der Vergabestelle keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat,
 - er unverzüglich weitere gewünschte Angaben machen bzw. Nachweise vorlegen wird, falls der Auftraggeber Rückfragen oder weiteren Klärungsbedarf, insbesondere zu meiner/unserer Eignung, äußert oder Erläuterungen oder Nachweise wünscht (z. B. die Bescheinigung eines Sozialversicherungsträgers, einen Handelsregistrauszug oder eine Bankerklärung),
 - er über eine gültige Haftpflichtversicherung verfügt, wonach der Bieter bzw. alle Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie Unterauftragnehmer in angemessener Höhe versichert ist/sind ODER er hiermit verbindlich zusichert, dass er im Falle der Beauftragung eine entsprechende Erhöhung der genannten Haftungssummen bzw. der Abschluss einer entsprechenden Versicherung vornimmt,

- er nicht zu einer Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist ODER er in einem Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist, und zwar unter der Nummer

bitte ausfüllen

bei folgendem Register (Bezeichnung, Ort):

bitte ausfüllen

und

- er den Auftraggeber unverzüglich informiere(n) und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggf. Nachweise abgeben werde(n), falls sich während des weiteren Verfahrens (vor oder nach Angebotsabgabe) Änderungen an den von ihm vorstehend erklärten Sachverhalten oder anderen für ihn erkennbar relevanten Voraussetzungen für eine Zuschlagserteilung ergeben.

Hinweise des Auftraggebers:

- *Sofern der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) in der Vergangenheit Verstöße gegen Vorschriften begangen hat, die insbesondere gegen die Gesetzestreue und Zuverlässigkeit sprechen, mittlerweile jedoch geeignete Maßnahmen zur sog. Selbstreinigung im Sinne des § 125 GWB getroffen hat, so hat der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) die Nachweise **gemeinsam mit** dem Angebot einzureichen.*
- *Sind zu dem jeweiligen Punkt keine Erklärungen/Nachweise in dem vorgegebenen Feld bzw. auf einem Beiblatt beigelegt, gilt jeweils die Erklärung bis zum Wort „ODER“ (in Großbuchstaben) als abgegeben.*
- *Bei Bietergemeinschaften ist diese Erklärung von jedem Mitglied gesondert auszufüllen und zu unterschreiben oder der Erklärende anzugeben; der Abschnitt kann dafür elektronisch kopiert und als ergänzende Seiten in das WORD-Dokument eingefügt.*

3. WIRTSCHAFTLICHE UND FINANZIELLE LEISTUNGSFÄHIGKEIT

3.1. Erklärung über den Umsatz

Erklärung über den Gesamtumsatz:

Wir erklären, dass wir für die Geschäftsjahre, welche in den **letzten 3 Geschäftsjahren** abgeschlossen wurden, folgende Umsätze in Euro (netto) erbracht haben:

Im Jahr 2025: _____ EUR

Im Jahr 2024: _____ EUR

Im Jahr 2023: _____ EUR

Erklärung zur Unternehmensgröße:

Wir erklären, dass wir für das **Geschäftsjahr 2025**, folgende Mitarbeiteranzahl beschäftigt haben:

Projektleitungen: _____ Mitarbeiter

Consulting: _____ Mitarbeiter

Entwicklung: _____ Mitarbeiter

3.2. Erklärung zur Berufshaftpflicht-/ Haftpflichtversicherung

Wir erklären, dass eine Berufs- / Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mit folgenden Deckungssummen je Versicherungsfall besteht:

Für Personenschäden: in Höhe von mindestens 5.000.000,00 EUR

Für Sach- und Vermögensschäden: in Höhe von mindestens 3.000.000,00 EUR

Versicherungsunternehmen: _____

Wir erklären, dass wir eine Berufs- / Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mit folgenden Deckungssummen je Versicherungsfall spätestens bis zur Auftragserteilung abgeschlossen haben werden:

Für Personenschäden: in Höhe von mindestens 5.000.000,00 EUR

Für Sach- und Vermögensschäden: in Höhe von mindestens 2.500.000,00 EUR

Wir legen den Nachweis einer bestehenden Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung (nicht älter als 6 Monate) auf Nachfrage des Auftraggebers sofort, ansonsten spätestens bei Vertragsbeginn vor.

4. ANFORDERUNGEN AN DIE VERTRAULICHKEIT IM VERFAHREN

Den Parteien werden im Rahmen der Ausschreibung Informationen aller Art zugänglich gemacht. Hinsichtlich des Umgangs mit diesen Informationen wird folgende Vereinbarung getroffen:

- a) Diejenige Partei, die von der anderen Partei Informationen erhalten hat, darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung der anderen Partei die erhaltenen Informationen weder an Dritte weitergeben noch veröffentlichen.
- b) Die Parteien sind verpflichtet, alle Erkenntnisse und/oder Informationen über Tätigkeit, Ideen, Konzeptionen und/oder Absichten der jeweils anderen Partei, die diese im Rahmen der Unterredungen bzw. Zusammenarbeit erlangt, vertraulich zu behandeln und hierüber Stillschweigen gegenüber Außenstehenden zu bewahren.
- c) Die Parteien verpflichten sich, ihren Mitarbeitern, die von diesen Informationen Kenntnis erhalten, diese Verpflichtung zur Geheimhaltung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aufzuerlegen.
- d) Die Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung entfällt für solche Informationen, für die die andere Partei nachweisen kann, dass diese
 - ihr vor dem Zeitpunkt der Information bekannt waren, und sie diese Information frei und ohne Geheimhaltung benutzt hat,
 - ihr vor oder nach diesem Zeitpunkt der Information von einem berechtigten Dritten zum Zweck der freien Benutzung und ohne Verpflichtung zur Geheimhaltung zugänglich gemacht worden sind,
 - der Öffentlichkeit vor dem Zeitpunkt der Information bekannt oder allgemeinzugänglich waren oder
 - der Öffentlichkeit ohne Verletzung der vorliegenden Bestimmungen zum oder nach dem Zeitpunkt der Information bekannt und allgemein zugänglich wurden.
- e) Die Parteien, die von der anderen Partei Informationen erhalten hat, ist verpflichtet, auf schriftliche Anforderung der anderen Partei, die von dieser erhaltenen schriftlichen und/oder auf andere Weise aufgezeichneten Informationen, einschließlich sämtlicher angefertigter Kopien, unverzüglich auszuhändigen oder zu vernichten. Die vollständige Rückgabe oder Vernichtung aller diesbezüglichen Informationen ist der anderen Partei schriftlich zu bestätigen.
- f) Die Parteien erkennen an, dass jegliche Rechte an überlassenen Unterlagen bei derjenigen Partei liegt, die die Unterlagen überlassen hat. Die Zurverfügungstellung von vertraulichen Informationen ist nicht als Gewährung oder Bewilligung von Lizenzrechten o. ä. - weder ausdrücklich noch stillschweigend - auszulegen, und zwar auch nicht für Erfindungen, Entdeckungen oder Verbesserung, die vor oder nach dem Beginn der Zusammenarbeit hinsichtlich des erteilten Auftrags erfolgt, erdacht oder erlangt wurde. Insbesondere begründen die ausgetauschten vertraulichen Informationen für diejenige Partei, die die Unterlagen erhält, kein Vorbenutzungsrecht i. S. des Patentgesetzes.
- g) Die Parteien verarbeiten und nutzen personenbezogene Daten aus dem ihnen erteilten Auftrag nur zum Zweck der Vertragsabwicklung.

Der Auftragnehmer wird den Namen des Auftraggebers sowie Angaben zum Projekt nicht ohne vorherige Einwilligung des Auftraggebers zu Referenz- oder Werbezwecken verwenden. Pressemitteilungen bedürfen darüber hinaus der vorherigen Abstimmung mit dem Auftraggeber. Soweit vertraglich nichts Abweichendes geregelt wird, gelten die in den Vergabe- und Vertragsunterlagen vorgesehenen Regelungen.

- h) Die Geheimhaltungsvereinbarung ist für die Dauer des Rahmenvertrags gültig und wirkt hinsichtlich aller bis zu diesem Zeitpunkt erlangten vertraulichen Informationen für einen Zeitraum von drei (3) Jahren fort.

5. ANFORDERUNGEN AN IT-SICHERHEIT UND DSGVO

Der Auftragnehmer muss für die angebotene mobile GIS-Lösung ein angemessenes Informationssicherheitsniveau gewährleisten und die hierfür vorgesehenen technischen und organisatorischen Maßnahmen nachvollziehbar darstellen. Hierzu gehören insbesondere Angaben zur Authentisierung und Autorisierung, zu Rollen- und Berechtigungskonzepten, zur Verschlüsselung von Daten bei Übertragung und Speicherung, zur Protokollierung sicherheitsrelevanter Vorgänge sowie zu Update- und Patchprozessen.

Darüber hinaus ist darzustellen, wie mit Sicherheitsvorfällen und Schwachstellen umgegangen wird und welche organisatorischen Prozesse hierfür etabliert sind. Vorliegende Zertifizierungen, Prüfberichte oder gleichwertige Nachweise, insbesondere zum Informationssicherheitsmanagement, sind im Angebot anzugeben.

Soweit im Rahmen der Leistungserbringung personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind die datenschutzrechtlichen Anforderungen einzuhalten und erforderliche vertragliche Regelungen, insbesondere zur Auftragsverarbeitung, bei Bedarf bereitzustellen. Der Bieter hat darzustellen, auf welchen technischen Infrastrukturen die Lösung betrieben wird und welche datenschutz- und sicherheitsrelevanten Rahmenbedingungen dabei gelten.

Sofern Zertifikate, Sicherheitskonzepte, Notfallkonzepte oder sonstige Nachweise für die angebotene Lösung oder deren Betrieb vorliegen, sind diese zu benennen. Der Bieter hat außerdem darzustellen, wie die Sicherheit des laufenden Betriebs, die Verfügbarkeit sowie der Umgang mit Wartungsfenstern und sicherheitsrelevanten Änderungen organisiert sind.

Soweit für die Leistung erforderlich, sind geeignete IT-, Informationssicherheits- und Datenschutzkonzepte sowie Regelungen zur Löschung, Archivierung und Zugriffskontrolle bereitzustellen oder auf Anforderung vorzulegen.

Der Bieter hat den Auftraggeber bei Bedarf mit den für die sicherheitsrelevante Bewertung der Lösung erforderlichen Informationen zu unterstützen und wesentliche Änderungen an Betrieb, Architektur oder sicherheitsrelevanten Verfahren rechtzeitig mitzuteilen.

Der Bieter hat darzustellen, ob und in welchem Umfang sicherheitsrelevante Prüfungen, Tests oder Bewertungen der Lösung bzw. des Betriebs durchgeführt werden und ob entsprechende Ergebnisse, Berichte oder zusammenfassende Nachweise bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können.

Die Kommunikation zwischen den bereitgestellten Systemkomponenten, den Nutzerinnen und Nutzern des Auftraggebers sowie angebundenen Drittsystemen muss nach dem Stand der Technik abgesichert sein. Sofern technisch vorgesehen, sind verfügbare Möglichkeiten zur Authentisierung, Verschlüsselung und sicheren Systemanbindung nachvollziehbar darzustellen.

Administrative Zugriffe und sonstige sicherheitsrelevante Vorgänge sollen in angemessenem Umfang protokolliert werden. Der Bieter hat darzustellen, welche Protokollierungs- und Nachvollziehbarkeitsfunktionen vorgesehen sind.

Soweit für das Vergabeverfahren vorgesehen, ist die beigelegte Sicherheitscheckliste vollständig auszufüllen und mit dem Angebot einzureichen.

Wir erklären, dass wir die vorstehenden Anforderungen an IT-Sicherheit und Datenschutz für die angebotene Lösung berücksichtigen und die erforderlichen Angaben, Nachweise und Unterlagen im Rahmen des Angebots bzw. auf Anforderung des Auftraggebers bereitstellen werden.

6. REFERENZEN

Im Dokument Referenzen sind Referenzen anzugeben, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind. Vergleichbar sind insbesondere Projekte zur Einführung, Bereitstellung, Integration oder Weiterentwicklung mobiler GIS-Lösungen oder fachlich ähnlicher mobiler Geoinformationssysteme mit Anforderungen an Kartenanzeige, mobile Nutzung, Schnittstellen, Synchronisation, Offline-Funktionalität, Rollen- und Berechtigungskonzepte sowie Support- und Betriebsleistungen. Insgesamt sind **drei Referenzen** vorzulegen. Zwei Referenzen davon müssen erfolgreich umgesetzt und abgeschlossen sein. Eine Referenz darf sich noch in der Umsetzung befinden.

Die Referenzen müssen aktuell sein und nach Art, Umfang und Komplexität mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbar sein. Besonders geeignet sind Referenzen aus regulierten Infrastrukturbereichen oder vergleichbaren Einsatzumgebungen mit mehreren Nutzerinnen und Nutzern, umfangreichen Geodatenbeständen, Anbindung an bestehende Datenhaltungen und mobilen Einsatzszenarien im Außendienst. Verfügt der Bieter über mehrere Niederlassungen, so sollte sich die Referenz auf die Niederlassung oder Organisationseinheit beziehen, die den Auftrag ausführen soll.

Der Bieter erklärt sich durch Angabe der Referenzen mit deutschsprachigen Ansprechpartnern mit einer Nachfrage des Auftraggebers bei den jeweiligen Referenzauftraggebern ohne gesonderte Zustimmung einverstanden. Die Referenzen sind auf Anforderung durch eine Bescheinigung des Referenzauftraggebers zu belegen; die Vorlage einer Bescheinigung anstelle des vollständig ausgefüllten Formulars genügt jedoch nicht.

Falls der Bieter keine eigenen Referenzen, sondern Referenzen anderer Unternehmen nennt, muss er unter „Bemerkungen“ erläutern, warum er sich auf die Referenz berufen kann. Dies gilt auch für Referenzen von Konzernunternehmen/Unternehmen, mit denen der Bieter gesellschaftsrechtlich verbunden ist. Fehlen solche Ausführungen oder sind diese nicht nachvollziehbar, kann die Referenz nicht berücksichtigt werden.

7. BIETERSCHLUSSERKLÄRUNG

Das Leistungsverzeichnis wird ohne Einschränkung, unter Anerkennung der Angebotsgrundlage abgegeben.

Bitte leserlich schreiben	
Ort:	
Datum:	
Firmenname:	
Ansprechpartner:	
Tel. Nr.:	
Fax Nr.:	
E-Mail-Adresse:	
Unterschrift:	
Firmenstempel:	